

Casino

Steuergeschenke, Teil 2 – «In den Rachen gestopft»

Ich habe keine Lust, mich mit Herrn Mechnig in den Zeitungen auszutauschen. In meinem Leserbrief vom 22. August 2017 ging es nicht um Neid, wie mir unterstellt wurde. Tatsache ist, dass laut Regierungsbericht, Landtagsdebatte und Presseberichten in den FL-Casinos von einem Bruttospielertrag von 20 Millionen jährlich ausgegangen wird. Dies ergibt bei einem Steuersatz von 17,5 Prozent, wie er im Geldspielgesetz verankert ist, jährliche Steuereinnahmen von 3,5 Millionen. Würde derselbe Mindest-Steuersatz wie in der Schweiz gelten (40 Prozent), betrügen die Einnahmen 8 Millionen. Somit ist das Einnahmedefizit jährlich 4 Millionen. In der Schweiz gehen diese Einnahmen vollumfänglich in die AHV. Daraus ist zu schliessen, dass das Land Liechtenstein zugunsten von Millionen und ausländischen Gesellschaftern auf diese Staatseinnahmen verzichtet.

Wer sind die Leidtragenden?

Es sind dies alle Einwohner des Landes, mit niedrigem Einkommen, Rentner, der gesamte Mittelstand etc. Ich wiederhole mich: Aus Spargründen wurde der Staatsbeitrag der AHV gekürzt. Kein Geld für das Landesspital, seit über 6 Jahren keine teuerungsbedingte Rentenanpassung, 4 Prozent als Sollertrag als Erwerb versteuern etc.

Sollte die Schweiz am 24. September der Altersreform zustimmen, wird auch im FL die Mehrwertsteuer erhöht. Auch dies trifft in erster Linie die Menschen mit niedrigem Einkommen. Was geben unser Politiker in der Presse zum Besten? Zitate von Abgeordneten: «Eine gute Vorsorge sollte für bestimmte Altersgruppen keine Nachteile ergeben, und so kommen wir an einen Punkt, an dem darüber diskutiert werden muss»; «Bei der Revision der AHV wurde zur Sanierung der Staatsbeitrag reduziert. Somit tragen ausgerechnet Menschen mit niedrigem Einkommen die künftige

Last der Finanzierung»; «Die Gesundheitskosten explodieren geradezu, die Renten sind nicht sicher (...)».

Es ist anzunehmen, dass die Politiker trotz markiger Aussagen nicht bereit sind, etwas Konkretes gegen dieses unsoziale Gesetz zu unternehmen, nachdem sie das Geldspielgesetz vor einem Jahr einstimmig beschlossen haben. Mein Vorschlag lautet daher, wir Bürger leiten eine Gesetzesinitiative in die Wege. Ich hoffe, dass sich einige Gleichgesinnte melden und mithelfen, landesweit die 1000 notwendigen Unterschriften zu sammeln, um die Initiative zu starten. Sollte dies gelingen, können die Bürger abstimmen, ob die Casinosteuer dem Staat, und damit seinen Bürgern, oder den Casinobetreibern zugutekommt.

Franz Schädler,
Rossbodastrasse 27, Triesenberg

In den Rachen gestopft!

Was bringt den aufrechten Sozialdemokraten so richtig in Rage? Mord? Gotteslästerung? Vielweiberei? Lächerlich! Die, für ihn, omnipräsente Homophobie, Islamophobie etc.? Frauenfeindlichkeit? Nein, selbst das ist nicht zuverlässig! Aber wehe, sollte da jemand in Verdacht geraten oder sich gar erdreisten, seine Abgabepflichten gegenüber dem

Kollektiv zu vernachlässigen; diesen nur schlampig nachzukommen. Oder, wird er da vom (neoliberalen?) Staat gar geschont? Spätestens da ist definitiv fertig lustig. Wie das aussieht, kann man im Leserbrief vom 22. August, Titel «Casino-Steuer geschenke», lesen. Die Kugel rollt in Ruggell erst ein paar Tage, schon hat Herr Schädler berechnet, dass, in der Folge einer halbherzigen, laschen Besteuerung, dem Staat jährlich 4,5 Millionen Franken flöten gehen. Dieses Geld wird «den Casinobetreibern in den Rachen gestopft». So Herrn Schädlers bildgewaltige Metapher. Diese Ungeheuerlichkeit gilt es nun den übrigen Mitgliedern des Kollektivs bewusst zu machen und ihnen aufzuzeigen, welche Beute winkt, wenn Gerechtigkeit hergestellt würde. Gerechtigkeit

herstellen! So wird in der real existierenden Sozialdemokratie ein Aufruf zum Raubzug in Regel bezeichnet. Als äusserst wirksam erweist sich dabei immer ein gezielter Appell an die nobelsten Instinkte potenzieller Mitstreiter. Man schüre Neid! Wie? Ganz einfach: Man ereifert sich z. B. über vermeintliche «Geschenke» und «Subventionen» an irgendwelche «Millionäre», fantasiert von einem «Schaden zu Lasten der Landeskasse», beklage die Zumutung, für die eigenen Lebenshaltungskosten selber aufzukommen zu müssen. Zwar ist das alles völliger Schwachsinn, aber: Who cares? Wie der Italiener zu sagen pflegt. Wobei, für den Moment haben wir ohnehin noch Schwein gehabt. Am Beispiel der Schweiz konzentriert sich Herr Schädler derzeit ja auf die Möglichkei-

ten, wie ein Casino im Namen des Kollektivs und somit, zumindest nach gängiger Moralvorstellung, legal zu plündern wäre. Was aber passieren wird, wenn er merkt, wie Einkommen allgemein bei uns belastet ist und wie Einkommensempfänger mit Abgabelasten von bis zu 80 Prozent z.B. in Deutschland, Frankreich und den meisten anderen EU-Staaten regelrecht massakriert werden. Hoffentlich fängt er dann nicht an zu rechnen, wem hier sonst noch und wieviel «in den Rachen gestopft» wird, welches Besteuerungs-Eldorado hier brach liegt. Denn dann bricht die Hölle los. Oder schweigt er dazu, weil er sich damit am Ende gar ins eigene Knie schiessen würde?

**Hans Mechnig
Tröxlegass 46, Schaan**